

## P r o t o k o l l

über die Arbeitsgespräche anlässlich des Besuches von  
Herrn Bundesminister Dr. Erich Bielka vom 28.-30. August 1974  
in der Schweiz

=====

1. Teil der Arbeitsgespräche am 28. August 1974  
anlässlich des Arbeitssessens, 19.30 h - 23.30 h

Teilnehmer auf österreichischer Seite: Bundesminister BIELKA  
GS HAYMERLE  
Botschafter NETTEL  
Botschafter GRUBER  
MC CALICE  
BS KROELL (Protokoll)

Teilnehmer auf schweizerischer Seite: Bundesrat GRABER  
GS THALMANN  
Botschafter ROSSETTI  
Botschafter BINDSCHEDLER  
Botschafter de ZIEGLER  
Botschafter MUELLER  
Dr. FRITSCHI  
Herr CARATSCH



I. KSZE  
=====1.) Gespräche der Generalsekretäre der vier neutralen Staaten

Bundesrat GRABER regt eine Zusammenkunft der Generalsekretäre der vier neutralen Staaten einige Zeit nach Wiederaufnahme der Konferenz (9.9.) an einem noch zu bestimmenden Ort an. Bundesminister BIELKA stimmt diesem Vorschlag zu. Die Gespräche sollten jedoch erst stattfinden, wenn über die weitere Entwicklung und Dauer der Konferenz klarere Vorstellungen bestehen. Bei diesen Gesprächen wäre auch das weitere Vorgehen nach Abschluss der KSZE zu erörtern.

Bundesrat GRABER erklärt, die Schweiz werde zum gegebenen Zeitpunkt die Initiative zur Abhaltung der Zusammenkunft der vier Generalsekretäre ergreifen; als Konferenzort stelle man sich Genf vor.

2.) Obligatorische friedliche Streiterledigung

Botschafter BINDSCHEDLER weist darauf hin, dass dieses Projekt nicht nur im Osten abgelehnt würde. In der Frage des weiteren Vorgehens legte er folgende noch zu prüfende Alternativen dar:

a) Fortsetzung der Arbeiten unter der bisherigen Zielsetzung oder Abbruch der diesbezüglichen Gespräche im Hinblick auf die ablehnende Haltung gewisser Staaten, wobei diese für das Nichtzustandekommen des Obligatoriums verantwortlich gemacht werden sollten.

b) Erlangung eines Mandats zur Weiterverfolgung des Projekts ohne Erwähnung des Obligatoriums. Hier könnte wohl der Schweiz und anderen Verfechtern des Obligatoriums der Vorwurf nicht erspart werden, die Idee der obligatorischen friedlichen Streiterledigung "verraten" zu haben.

Bundesminister BIELKA erklärt, dass Oesterreich das Projekt der obligatorischen friedlichen Streiterledigung stets unterstützt habe und den Skeptizismus, ein befriedigendes Ergebnis in dieser Frage erzielen zu können, teile. Zu den beiden Varianten über die zukünftige Vorgangsweise könne er noch nicht Stellung nehmen. Für die Schweizer Ueberlegungen bestehe jedenfalls grösste Sympathie.

### 3.) Weitere Konferenzdauer

Bundesminister BIELKA weist auf die von Bundeskanzler Kreisky geäußerte Ansicht hin, dass allzu lange weitere Verzögerungen der KSZE einer Entspannung kaum dienlich sind, sondern eher neue Spannungen erzeugen könnten. Oesterreich trete daher für einen Abschluss der KSZE in nicht allzu ferner Zukunft ein.

### 4.) Konferenzfolgen

Bundesminister BIELKA teilt die Ansicht von Bundesrat Graber, dass über die Konferenzfolgen erst nach Abschluss der 2. Phase mehr gesagt werden könnte. Es bestünde jedoch kein Zweifel, dass irgendein Organ notwendig sei, um die Ergebnisse der Konferenz weiter zu verfolgen und Vorsorge für allfällige neue Konferenzen zu treffen.

Botschafter BINDSCHEDLER erklärt, dass die KSZE nur ein Beginn sein könne und die Konferenzfolgen in irgendeiner Form die Absicht zur Weiterarbeit bekräftigen sollten. Da durch ergäbe sich für kleinere Staaten die Möglichkeit der Mitarbeit an weiteren Entspannungsbemühungen. Eine neue internationale Organisation sei als Konferenzfolge jedoch nicht wünschbar, wohl aber periodische Zusammenkünfte. Die Bewegungsfreiheit kleinerer, neutraler und blockfreier Staaten im Rahmen der KSZE sei viel grösser als man sich allgemein vorstelle.

Bundesminister BIELKA erinnert, dass es vor allem ein Bestreben des Ostens gewesen sei, zu einer Institutionalisierung zu gelangen. Wenn man daher in dieser Frage vorläufig nicht allzu viel Entgegenkommen zeigte, könnten seitens der UdSSR noch einige Gegenleistungen erwartet werden. Vermutlich dürfte eine Reihe von Staaten aus taktischen Gründen in der Frage einer institutionalisierten Konferenzfolge zurückhaltend sein. In diesem Zusammenhang weist Botschafter BINDSCHEDLER noch zusätzlich auf die Angst des Westens hin, dass sich der Osten nach einer erfolgten Institutionalisierung

in innere Angelegenheiten (z.B. Integration) der westlichen Staaten einmengen werde. Diese Angst sei übertrieben, da ja dem Westen gleiche Möglichkeiten bezüglich der Oststaaten offenstünden. Es sei auch interessant, dass gerade Rumänien (und Polen) am meisten an institutionalisierten Konferenzfolgen interessiert seien.

#### 5.) Korb 3

Bundesrat GRABER erklärt, dass in der öffentlichen Meinung der Schweiz die im Rahmen von Korb 3 erzielten Resultate als Mass für den Erfolg oder Misserfolg der KSZE angesehen würden, weshalb sich die Schweiz hier einige Fortschritte erhoffe. Bundesminister BIELKA weist darauf hin, dass dies für alle westlichen Länder gelte und sich die öffentliche Meinung vor allem von Korb 3 etwas erwarte. Der Ostblock dürfte für den Fall, dass das von ihm verfolgte Ziel der Gipfelkonferenz in greifbare Nähe rückt, zu Konzessionen und einem package-deal bereit sein. Dies gelte vor allem für die Frage der Familienzusammenführung, was für Oesterreich als Flüchtlingsaufnahmeland von Bedeutung sei, und die Information.

#### 6.) Haltung der NEUN

Botschafter BINDSCHEDLER weist darauf hin, dass innerhalb der Neun sich das Interesse an Korb 3 im Hinblick auf den amerikanischen Druck noch verstärkt habe. Ein Entwurf für die von den USA geforderte Liste der essentiellen Punkte soll demnächst vorliegen. Das schwächste Glied unter den Neun sei die BRD, die eine nur schwer durchsichtige Politik führe. Bundesminister BIELKA erklärt, dass innerhalb der Neun gewisse Nuancen bezüglich der Beendigung der Konferenz bestünden und sich ferner die Haltung der Franzosen insbesondere seit März 1974, nach dem Besuch Pompidous in der UdSSR, versteift habe. Hingegen glaube die BRD, die vielleicht dem USA-Standpunkt am nächsten stehe, dass man über die KSZE abge-

sehen von kleineren Zugeständnissen auf dem Gebiet der Information nicht mehr viel erreichen könne. Botschafter HAYMERLE bemerkt, dass der Grund für die Zurückhaltung der Franzosen nicht nur in einem Defätismus liege, sondern in dem Wunsch, sich die Monopolstellung im Gespräch mit dem Osten zu erhalten. Auch die Amerikaner bevorzugten bilaterale Gespräche mit dem Osten. Die Ziele der UdSSR auf der KSZE lägen nicht nur in der Anerkennung ihres osteuropäischen Imperiums, sondern im Hinausdrängen der USA aus Europa, um dort eine Vormachtstellung einzunehmen.

#### 7.) Besuche von Kowaljov und Zorin

Botschafter THALMANN weist darauf hin, dass er am 11.9. Herrn Kowaljov in der Frage der KSZE empfangen und Wien vom Ergebnis der Besprechung gerne informieren werde. Botschafter HAYMERLE berichtet von der kürzlich erfolgten Vorsprache Botschafter Zorins, der vermutlich die gleiche Mission wie Kowaljov gehabt habe. Zorin habe bezüglich der KSZE darauf hingewiesen, dass die 3. Phase endlich auf Gipfelebene eingeleitet werden sollte. Ferner könne man von der UdSSR im Rahmen von Korb 3 nicht Dinge erwarten, die ihr <sup>politisches</sup> System gefährden könnten. Zorin wies schliesslich darauf hin, dass die Haltung des Westens hinsichtlich der vertrauensbildenden Massnahmen unreal sei. Man könnte nicht alle Staaten über sämtliche Truppenbewegungen und Manöver in der UdSSR informieren.

## II. Chinareise von Bundesrat Graber

=====

Bundesrat G R A B E R berichtet über seine soeben abgeschlossene China-Reise und weist darauf hin, dass die Besprechungen in grosser Freundlichkeit geführt worden seien. Die schweizerische Aussenpolitik sei genau expliziert und von chinesischer Seite sei das schon bekannte Schema des Weltbildes dargelegt worden.

Hinsichtlich der beiden Supergrossmächte hätten die Chinesen auf den zwischen ihnen bestehenden Antagonismus hingewiesen und nicht - wie in der Vergangenheit - auf ihr Zusammenspiel.

Die Oelkrise brachte nach chinesischer Ansicht den Supermächten wirtschaftliche Vorteile, der europäische Einigungsprozess sei gestört und die europäische Entwicklungshilfeleistungen behindert worden. Den meisten Entwicklungsländern hätte die Oelkrise schwere Nachteile gebracht.

Die KSZE werde von den Chinesen als Fehlschlag gewertet.

Es habe sich gezeigt, dass die Chinesen nicht am Kauf von Konsumgütern, sondern schlüsselfertigen Industrieanlagen (Technologie) interessiert seien. Hinsichtlich der angeblichen zweiten Kulturrevolution habe man nichts bemerkt oder gehört und auch in der Frage der Nachfolge Mao Tse Tung's verfüge man über keinerlei neue Informationen.

2. Teil der Arbeitsgespräche am 29. August 1974  
im Eidgenössischen Politischen Departement, 17.00 h - 19.00 h

Teilnehmer auf österreichischer Seite: Bundesminister BIELKA  
GS HAYMERLE  
Botschafter NETTEL  
Botschafter GRUBER  
MC CALICE  
BS KROELL (Protokoll)

Teilnehmer auf schweizerischer Seite: Bundesrat GRABER  
GS THALMANN  
Botschafter ROSSETTI  
Botschafter DIEZ  
Botschafter de ZIEGLER  
Botschafter MUELLER  
Dr. FRITSCHI  
Herr CARATSCH

## , ATLANTISCHER DIALOG

Bundesrat GRABER erklärt, dass der vom ehemaligen Bundesminister Kirchschräger gemachte und auf die Tagesordnung des Europarates gesetzte Vorschlag interessant und grundsätzlich richtig sei. In Strassburg habe sich jedoch gezeigt, dass die Neun für eine "participation" der übrigen acht ER-Staaten wenig Verständnis aufbrächten. Die Schaffung eines Informationssystems zwischen den Neun und den restlichen acht ER-Staaten, das letzteren eine Mitwirkung am Dialog der USA mit den Neun ermöglichen soll, dürfte nur geringe Erfolgchancen haben.

Bundesrat GRABER befürwortet den Vorschlag, dass sich die stellvertretenden politischen Direktoren der 17 ER-Staaten in Strassburg in der gegenständlichen Frage besprechen sollten. Er werde in den nächsten Tagen darüber auch mit seinem schwedischen Kollegen sprechen.

Bundesminister BIELKA weist in diesem Zusammenhang auf zwei Probleme hin:

a) Es sei äusserst unbefriedigend, wenn man unter dem freien Europa zunehmend nur mehr das Europa der Neun verstehe. Ferner könnte der Westen, der ein starkes, unabhängiges Europa will, logischerweise nicht das übrige freie Europa (ausserhalb der Neun) ausschalten.

b) Die ausserhalb der Neun stehenden Staaten des freien Europas müssten nicht nur über den Dialog zwischen den USA und den Neun informiert werden, sondern auch Gelegenheit zur Mitsprache bei allen anderen das ganze freie Europa betreffenden Problemen haben. Der Meinungs austausch sollte nicht nur im ER, sondern auch in anderen Gremien erfolgen (z.B. bezüglich der "Energie-Koordinationsgruppe der 12, deren Arbeit für ganz Europa von grösster Bedeutung sei). Es läge an den Acht, sich bemerkbar zu machen.

Zum Treffen der 17 stellvertretenden politischen Direktoren in Strassburg bemerkt Bundesminister Bielka, dass wenig Aussicht auf praktische Durchführbarkeit bestehe. Angesichts der häufigen Treffen der Neun auf der Ebene der



politischen und stellvertretenden politischen Direktoren erscheint es fraglich, ob diese auch noch zu periodischen Zusammenkünften im Rahmen der Siebzehn Zeit fänden.

Vielleicht könnte man sich darüber noch einmal vor der nächsten MR-Tagung des ER unterhalten.

#### IV. NORDKOREA

=====

Bundesrat GRABER erklärt, dass sich die Schweiz zur Anerkennung nicht drängen lassen möchte. Anlässlich des Chinabesuches sei diese Frage von chinesischer Seite nicht releviert worden. Die Schweiz möchte ein Zusammenfallen der Entscheidungen in den VN mit der Anerkennung durch die Schweiz vermeiden und würde auch ein Zusammenfallen des nordkoreanischen Delegationsbesuches mit der Anerkennung als unbequem empfinden. Als Termin werde Ende November ins Auge gefasst.

Bundesminister BIELKA erklärt, dass inzwischen alle skandinavischen Staaten (nicht nur Schweden, sondern auch die beiden NATO-Staaten Norwegen und Dänemark) Nordkorea anerkannt hätten und man die Anerkennung nicht mehr sehr lange hinauszögern werde können. Es sei nicht sicher, ob Oesterreich bis zu dem von der Schweiz in Aussicht genommenen Termin Ende November werde warten können. Spätestens im Oktober werde man Fühlung mit den Nordkoreanern wieder aufnehmen müssen. Bisher konnte dies unter Hinweis auf die erst kürzlich erfolgte Amtsübernahme und die Urlaubszeit hinausgeschoben werden.

Ein Zusammenfallen der Anerkennung mit einer allfälligen

-9-

UN-Diskussion dürfte kaum Anlass zum Vorwurf geben, dass die Anerkennung unter Druck der VN erfolgt sei; die diesbezüglichen Kontakte mit den Nordkoreanern bestünden schon zu lange.

Den britischen Vorschlag, wonach die Oststaaten bei Anerkennung Nordkoreas gleichzeitig Südkorea anerkennen sollten, halte er für ziemlich aussichtslos.

Generalsekretär THALMANN bemerkt, dass man mit der Anerkennung Nordkoreas 26 Jahre gewartet habe. Warum sollte man dann den Wunsch der Südkoreaner (mit denen man gute Beziehungen habe) die Anerkennung Nordkoreas erst am Ende der GV vorzunehmen, missachten und den Nordkoreanern gegenüber eine besondere Geste machen und die drei Monate nicht noch abwarten.

Es wurde beschlossen, sich in der Frage der Anerkennung Nordkoreas weiterhin zu informieren und Kontakt zu nehmen.

#### V. ZYPERN =====

Bundesrat GRABER weist darauf hin, dass durch den Zypernkonflikt das Vertrauen in die Wirksamkeit der VN sehr erschüttert worden sei. Ebenso habe dadurch das atlantische Bündnis an Prestige verloren. Der Zypernkonflikt werfe ferner seinen Schatten auf die KSZE.

Die Schweiz sei gegen eine Behandlung des Zypern-Problems auf der KSZE und würde sich an einer allfällig zustandekommenden Zypern-Debatte im Rahmen der KSZE nicht beteiligen.

Die Schweiz leiste im Wege des IKRK an Zypern humanitäre Hilfe. Die diesbezügliche ER-Aktion sei bisher nicht besonders wirksam gewesen.

Bundesminister BIELKA erläutert, dass Oesterreich in der Zypernfrage angesichts seiner SR-Mitgliedschaft und seiner UNFICYP-Beteiligung stark involviert sei. Der Umstand, dass

-10-

Generalsekretär Waldheim Denktasch und Klerides zu wöchentlichen gemeinsamen Gesprächen zusammengebracht habe, zeige, dass bisher die VN als einzige Stelle einen gewissen Erfolg in Zypern erzielen konnte. Das Verhalten der Türkei, bewusst UN-Truppen anzugreifen und einzuschüchtern, damit sie gewisse Gebiete räumten, sei von Oesterreich besonders empörend empfunden worden, weil die Türkei allen UNFICYP-Aktionen zugestimmt und sich immer gegen eine Reduzierung der UN-Truppen auf Zypern gewandt habe.

Der Europarat habe sich viel zu spät mit Zypern befasst, was im Hinblick auf seine Effizienz nicht sehr encouragierend sei.

Auch nach österreichischer Auffassung sei die KSZE kein Forum für die Behandlung der Zypernfrage. Es gebe in diesem Zusammenhang schon zu viele Foren.

Vom sowjetischen Vorschlag der Einberufung einer eigenen Zypernkonferenz sei man nicht begeistert.

## VI. RUETHI

=====

Bundesrat GRABER kommt eingehend auf das Problem zu sprechen und erwähnt, dass der Kühlturmbericht noch nicht vorliege, jedoch voraussichtlich im Spätherbst Wien übersandt werden könnte. Hinsichtlich des Besuches von Landeshauptmann Kessler bemerkt Bundesrat Graber, dass seiner Ansicht nach die bilateralen Gespräche weiterhin ausschliesslich auf Regierungsebene zu erfolgen hätten. Er habe daher LH Kessler nicht selbst empfangen, sondern Botschafter Diez gebeten, dies zu tun. Eine direkte Kontaktnahme auf regionaler Ebene zwischen LH Kessler und Landammann Geiger in St. Gallen sei jedoch zu begrüßen.

Bundesminister BIELKA hebt hervor, dass es nicht seine Absicht war, nach Bern zu kommen, nur um Rüthi zu besprechen, wie dies manchmal in der Presse dargelegt worden sei. Er wolle jedoch nicht versäumen, die grossen Besorgnisse und

Befürchtungen Vorarlbergs in Sachen Rüthi zum Ausdruck zu bringen. Oesterreich werde den Kühlturmbericht abwarten und dann sollte eine Sitzung des gemeinsamen Expertenkomitees zustandekommen. Bundesminister Bielka dankt in diesem Zusammenhang der Schweiz für die vorbildliche Kooperations- und Informationsfreudigkeit und gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass die entstandenen Emotionen das gute österreichisch-schweizerische Verhältnis nicht trüben werden. Es sollte versucht werden, diese Emotionen zu beschwichtigen. Beispielsweise könnte darsn gedacht werden, Vorarlberger Presseleute und Journalisten nach St. Gallen einzuladen.

BM Bielka weist darauf hin, dass, wenn die Schweiz sich für den Standort Rüthi entscheide, die Vorarlberger Landesregierung von der Bundesregierung ein völkerrechtliches Vorgehen gegen die Schweiz verlangen werde. Einem derartigen Wunsch werde sich wohl keine Bundesregierung verschliessen können. Sollte es jedoch zu einem völkerrechtlichen Vorgehen kommen, so wird sich dies sicherlich in einer Form abspielen, die die guten Beziehungen Oesterreichs zur Schweiz nicht beeinträchtigt.

Botschafter DIEZ meint, dass der Kühlturmbericht für Oesterreich nichts Neues enthalten werde. Er sei eine Sammlung der mit den österreichischen Experten abgesprachenen Expertenberichte.

Eine grosse innerschweizerische Kontroverse bezüglich Rüthi sei durch die Schweizer Natur- und Heimatschutzkommission aufgekommen, die das unmittelbar hinter dem Kühlturm beginnende Schutzgebiet Säntis bewahren will und eine Entscheidung der Schweizer Regierung verzögern werde. (Ein weiterer Grund für eine Verzögerung des Baues liege, wie Bundespräsident Brugger Bundesminister Bielka gegenüber erwähnte auch darin, dass Rüthi lediglich den 5. Rang in der geplanten Kraftwerkskette einnehme.)

Botschafter DIEZ erwähnte weiters, dass die Vorarlberger Befürchtungen gegen Rüthi einerseits in der Atomangst und andererseits in den kleinen Immissionen - welche zugegebenermassen ein echtes Problem darstellen - begründet seien. Es

werde in der Schweizer Öffentlichkeit als Inkonsequenz Vorarlbergs angesehen, einerseits gegen Rüthi aufzutreten, andererseits jedoch eine Beteiligung der Vorarlberger Kraftwerke an österreichischen Atomkraftwerken zu suchen. Ein Weg zur Verringerung der Emotionen bestünde vielleicht in einer Beteiligung Vorarlbergs an Rüthi. Die NOK wolle hierbei aber nicht von sich aus eine Initiative ergreifen. Im übrigen beziehe Vorarlberg schon heute Strom von der NOK in grösseren Mengen.

Bundesminister BIELKA weist darauf hin, dass die Atomangst vor Rüthi zwar in der Bevölkerung bestehe, jedoch nicht in der Argumentation der Vorarlberger Landesregierung eine Rolle spiele. Die Vorarlberger Landesregierung bediene sich rein sachlicher Einwände (z.B. Immissionen). Es sei auch nicht inkonsequent, wenn sich Vorarlberg an anderen Atomkraftwerken finanziell beteilige, weil Vorarlberg ja nicht grundsätzlich gegen Atomkraftwerke sei und hier kein Konnex mit Rüthi bestünde. Der Vorschlag einer Beteiligung Vorarlbergs am Atomkraftwerk Rüthi werde geprüft, doch glaube Bundesminister Bielka persönlich, dass dies wegen der bestehenden Emotionen aus politischen Gründen auszuschliessen sei.

Auf die gute Zusammenarbeit Bayerns, österreichischer Bundesländer und schweizerischer Kantone im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer wurde hingewiesen.

## VII. UN-CITY

Bundesminister BIELKA teilt mit, dass Oesterreich bekanntlich dabei sei, eine UN-City mit einem Konferenzzentrum zu bauen. Die UN-GV habe 1972 die UN-Inspektionseinheit beauftragt, bis 1974 ein UN-Konferenzschema zu erstellen. In diesem Schema soll neben New York und Genf auch Wien berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang arbeite Oesterreich ein Memorandum aus und werde dieses in etwa zwei Wochen auch der Schweiz übergeben. Die Einbeziehung Wiens in das UN-Konferenzschema sollte keine Konkurrenzierung von Genf darstellen.

-13-

Bundesrat GRABER dankt für die Mitteilung. Die Schweiz werde das österreichische Memorandum freundschaftlich prüfen. Bundesrat Graber vertritt die Ansicht, dass die europäischen Konferenzzentren gegenüber aussereuropäischen in Zukunft an Bedeutung verlieren würden.

Bundesminister BIELKA meint, dass die Aufnahme Wiens in das Konferenzschema die Verlagerung von Konferenzen in Entwicklungsländer eher einschränken werde.

#### GEGENEINLADUNG

Bundesminister BIELKA lädt Bundesrat Graber zu einem Gegenbesuch nach Oesterreich ein, der noch vor dessen Präsidentenjahr (1975) möglichst unprotokollarisch in Salzburg oder Innsbruck stattfinden könnte. *- wie dies bereits beim Besuch seines Vorgängers in Wien geschah -*

Bundesrat GRABER bedauert, aus Termingründen der Einladung leider nicht Folge leisten zu können.